

Uneins über die Strategie im Steuerstreit

Morgen befasst sich die Landesregierung mit dem dringlichen Dossier in Sachen Steuerstreit mit den USA. Ob sie dabei gegen die Amerikaner härter vorgehen, also etwa klipp und klar kommunizieren soll, dass sich die Schweiz nicht erpressen lasse, ist jedoch umstritten.

Nur schon die Drohung der USA, eine Schweizer Bank anzuklagen, kann verheerende Auswirkungen haben. Dies hat der Untergang der Privatbank Wegelin gezeigt. Im Visier der US-Behörden befinden sich zurzeit zehn weitere Schweizer Finanzinstitute, darunter die Credit Suisse, Julius Bär sowie zwei Kantonalbanken.

Hilfe beim Verstecken von Geld

Sie sollen ab 2008 Kunden der UBS übernommen und ihnen dabei geholfen haben, Geld vor dem amerikanischen Fiskus zu verstecken. Seit über einem Jahr führt Staatssekretär Michael Ambühl mit Washington Verhandlungen über eine Lösung für die ganze Branche. Sie sei zuversichtlich, dass auf Ende Jahr eine Einigung gefunden werde, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf letzte Woche nach einem Treffen mit ihrem Amtskollegen Timothy Geithner

am WEF. Auf Eckwerte haben sich die beiden Seiten bereits verständigt. Die Schweiz soll für den «Verstoss» des Finanzplatzes gegen amerikanisches Recht eine pauschale Busse bezahlen; die einzelnen Banken sollen zudem weitere individuelle Zahlungen entrichten. Die Zusammenarbeit mit den US-Behörden soll verbessert und Amtshilfe künftig auch bei Gruppenanfragen geleistet werden. Letzteres ist vom Ständerat bereits im Dezember gutgeheissen worden und steht im März im Nationalrat zur Debatte. Der Gesamtbundesrat wird sich gemäss mehreren Medienberichten morgen erneut über das dringliche Dossier beugen.

«Der Bundesrat müsste den USA einmal klipp und klar sagen, dass wir uns nicht erpressen lassen», findet Ständerat Hannes Germann (SVP/SH). Stattdessen habe er bislang eine defensive Strategie verfolgt und die Bank Wegelin fallen las-

sen. «Die Politik hat die Privatbank gepflegt, weil sie nicht systemrelevant war.»

Nicht eine richterliche Beurteilung, sondern bloss Vorwürfe hätten dafür den Ausschlag gegeben: «Macht ging vor Recht.» Unter diesen Umständen müsse das Parlament das Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA nochmals überdenken, sagt Germann. Gruppenanfragen seien jetzt erst recht nicht zuzulassen.

«Die Reihen schliessen»

«Ein Nein wäre ein Affront», widerspricht Martin Naville, CEO der Swiss American Chamber of Commerce. Bei Gruppenanfragen Amtshilfe zu leisten, sei ein notwendiger Schritt und werde durch die OECD in den nächsten Monaten sowieso eingeführt.

Die Verhandlungen mit den USA seien mit viel Lärm verbunden, räumt Naville ein. Es gebe jedoch keine Anzeichen dafür, «dass nach Wegelin eine andere Bank

an die Kasse kommt». Von der Idee, gegen einen US-Staatsanwalt wegen Anstiftung zu verbotenen Handlungen für einen fremden Staat vorzugehen, hält er nichts. «Das mag fürs Ego gut sein, würde aber gar nichts bringen und die Situation massiv verschärfen.» Das Ziel sei nach wie vor eine Gesamtlösung, wie sie die Regierung verfolge. Diese Strategie gelte es geschlossen zu unterstützen. «Dem Bundesrat in den Rücken zu schiessen, ist absolut kontraproduktiv.»

Die Frage, ob der Bundesrat gegenüber den USA härter aufzutreten habe, verärgert Ständerat Robert Zanetti (SP/SO). «Nun meinen wieder einmal alle zu wissen, was die Politik falsch gemacht hat.» Dass die USA gegen unrechtmässige Geschäftspraktiken vorgehen, sei nachvollziehbar. Spätestens nach dem Fall UBS hätten die Banken umdenken müssen.

«Grossspurig aufzutreten, wäre im Moment nicht unbedingt geschickt»,

meint auch Nationalrätin Christa Markwalder (FDP/BE), Präsidentin des parlamentarischen Vereins Schweiz-USA. Die Schweiz sei der sechstgrösste ausländische Investor in den USA und habe für diese daher durchaus Bedeutung. In der politischen Landschaft stehe sie jedoch etwas alleine da.

Verhandeln aus der Defensive

Aus der Defensive heraus zu verhandeln sei schwierig, gibt Konrad Graber (CVP/LU), Präsident der Wirtschaftskommission (WAK), zu bedenken. Schweizer Banken hätten sich in den USA nicht korrekt verhalten; dies lasse sich nun mal nicht wegdiskutieren und Sorge im Parlament seit geraumer Zeit für grossen Unmut. Der Bundesrat habe sich intensiv um Lösungen bemüht. «Ich hoffe, dass am WEF ein Durchbruch gelungen ist.»

Eveline Rutz, Bern



Bild: ky/Gaëtan Bally

Raiffeisen-Hauptsitz in St. Gallen: Die Leitung von Raiffeisen Schweiz wird sich nach dem Wegelin-Kauf gegenüber den Genossenschaften erklären müssen.

Angst vor dem Kuckucksei im Raiffeisen-Nest

Der Kauf der Bank Wegelin stösst innerhalb der Raiffeisen-Gruppe auf Skepsis. Unklar ist nicht nur, wie eine Privatbank für gutbetuchte Anleger zur Raiffeisen-Kultur passen soll. Genossenschaften fragen sich auch, ob sie den Kauf mitfinanzieren und allfällige Risiken mittragen müssen.

Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz muss sich in den kommenden Tagen auf unbequeme Fragen gefasst machen. Denn innerhalb der Raiffeisen-Gruppe sind längst nicht alle glücklich mit dem Wegelin-Deal. Die Genossenschaften wurden erst am Freitag morgen um 10 Uhr informiert – nur knapp zwei Stunden vor den Medien. Und bis heute kennen führende Raiffeisen-Mitarbeiter noch nicht alle Details des Handels. Entsprechend gross ist die Sorge, dass man sich mit dem Kauf der unter Druck geratenen Privatbank ein Kuckucksei ins Nest geholt hat. Denn noch ist unklar, ob die einzelnen Genossenschaften den Kauf finanziell mittragen und im Notfall für die Privatbank haften müssen. Und auch ob die neue Bank nicht ebenfalls ins Visier der US-Steuerbehörden geraten könnte, ist laut Experten alles andere als sicher.

Laut offizieller Lesart übernahm die Raiffeisen zwar keine US-Kunden von der Wegelin. «Die Frage ist aber, wie man US-

Kunde definiert», sagt ein Zürcher Bankenspezialist, der sich namentlich nicht zu erkennen geben will.

Erfahrung mit Privatbanken

Ganz neu ist die Situation indes nicht. Die Raiffeisen arbeitet seit den Neunzigerjahren mit der Bank Vontobel zusammen. Heute ist die Raiffeisen-Gruppe mit 12,5 Prozent an der Zürcher Privatbank beteiligt. Die Raiffeisen-Banken verkaufen vor allem Vontobel-Produkte in den Bereichen Anlage und Vorsorge. Nicht zuletzt wegen der engen Kooperation mit der Vontobel-Gruppe stiessen im vergangenen Jahr die Pläne von Raiffeisen Schweiz, die Basler Privatbank Sarasin zu kaufen, intern auf harsche Kritik. Eine der Kernfragen: Was soll eine Privatbank unter dem Dach der Raiffeisen, wo man doch mit Vontobel bereits bedient ist? Hinzu kommt: Die Raiffeisen gilt als Heimat der Kleinsparer und Gewerbler. Die Raiffeisen-Kultur – die genossenschaft-

liche Struktur, die Konzentration auf das Retail- und Hypothekengeschäft – gilt als Pfeiler der 1899 gegründeten Bank. Wie sich eine Privatbank für gutbetuchte Anleger hier einfügen soll, ist auch Raiffeisen-intern vielen ein Rätsel.

«Breite Diskussion nötig»

Offen will seine Kritik zwar kaum jemand äussern. Doch im Gespräch mit Raiffeisen-Exponenten wird klar, dass dieser Deal längst nicht verdaut ist. «Es werden breite Diskussionen nötig sein», sagt Erwin Scherrer, Verwaltungsratspräsident der Raiffeisenbank Wil. Dass der Kauf zu Problemen mit den USA führen könnte, glaubt Scherrer zwar nicht. Zu hundert Prozent ausschliessen will er es aber auch nicht: «Vor Anfeindungen ist man nie ganz sicher.» Die Raiffeisenbank Wil ist mit einer Bilanzsumme von einer Milliarde Franken eine der grössten Raiffeisen-Genossenschaften der Schweiz und damit ein gewichtiger Player inner-

halb der Gruppe. Denn im Gegensatz zu den Grossbanken besteht die Raiffeisen-Gruppe nicht aus einer Zentrale mit untergeordneten Filialen. Die schweizweit rund 320 Raiffeisenbanken sind als Genossenschaften unabhängig. Gemeinsam betreiben sie Raiffeisen Schweiz mit Sitz in St. Gallen. Diese koordiniert die Aktivitäten der Gruppe und ist für Risikomanagement verantwortlich. Die Führungsverantwortung liegt aber bei den 320 Raiffeisenbanken. Auch das Geld gehört hauptsächlich den Genossenschaften: Von den 151 Milliarden Franken der Bilanzsumme stehen Raiffeisen Schweiz nur rund 9 Milliarden zur Verfügung.

Wenig Verständnis für Bankleitung

Dass die Genossenschaften dennoch nicht in den Wegelin-Kauf involviert waren, stösst in der Bank nur bedingt auf Verständnis. Die interne Begründung: Der Deal sei sehr kurzfristig zustande gekommen, weshalb es nicht möglich ge-

wesen sei, sämtliche Genossenschaften zu konsultieren.

Intern Kritiker geschaffen

Für Scherrer ist deshalb klar: «Raiffeisen Schweiz muss jetzt umso überzeugender erklären, wohin die Reise gehen soll. Und sie muss zusammen mit den Genossenschaften eine neue Strategie erarbeiten.» Die Raiffeisen-Führungsrige wird demnächst Gelegenheit haben, sich ihren Genossenschaften zu erklären: Bereits vor dem Wegelin-Kauf war eine Grundsatzdiskussion über die Strategie der Gruppe geplant. Denn mit dem Expansionskurs der letzten Jahre hat sich Raiffeisen-Lenker Vincenz intern Kritiker geschaffen. Vielen Genossenschaften blicken mit Argwohn auf das aggressive Auftreten ihrer Bank auf dem Hypothekenmarkt. Das heisseste Traktandum dürfte seit letztem Freitag aber die Integration der über Nacht zur Gruppe gestossenen Privatbank sein.

Andri Rostetter